

Pressemitteilung

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen-
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 50

Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 23. März 2020

Abbau demokratischer Rechte soll einfach durchgewunken werden

Der Landesausländerbeirat kritisiert die Abstimmung über die geplante HGO-Änderung in der verkürzten Plenarsitzung des Landtages. Die gesetzliche Festschreibung der politischen Bevormundung soll anscheinend im Schatten der Corona-Pandemie durchgewunken werden.

Die Landesregierung plant offensichtlich in der auf Grund der Corona-Pandemie verkürzten Plenarsitzung morgen die geplante HGO-Änderung über die Defacto-Abschaffung der Ausländerbeiräte nach der zweiten Lesung abzustimmen. Somit soll die höchst umstrittene Optionsregelung schnell durchgewunken und damit vollendete Tatsachen geschaffen werden. „Kurz vor Schluss der Sitzung soll noch über gesellschaftspolitisch höchst bedeutsame Änderungen abgestimmt werden. Mit einer solchen Aktion werden Tatsachen geschaffen, die in der Praxis die Abschaffung eines großen Teils der bestehenden Ausländerbeiräte in Hessen bedeuten“, sagte agah-Vorsitzender Enis Gülegen.

Das zeige, wie die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die GRÜNEN Politik gestalten und was ihnen die HGO-Änderung zukünftig auch auf kommunaler Ebene erleichtern soll: Durchregieren, ohne Minderheitenmeinungen berücksichtigen zu müssen. Das sei bereits nach der Sitzung des Innenausschusses am 12. März deutlich geworden: „Alle Warnungen und Bedenken der Ausländerbeiräte, verschiedener gesellschaftlicher Organisationen und Verbände, von Bürgermeistern, der demokratischen Opposition im Landtag und sogar des eigenen Parteirates der Grünen wurden nicht gehört, in der Debatte nicht berücksichtigt, geschweige denn umgesetzt“, so Gülegen weiter. Wer ein solches Politikverständnis habe, dem seien eine weitgehend autonome Minderheitenvertretung, wie die Ausländerbeiräte, lästig. Dabei stellten sie eine echte demokratische Erregungsschraube dar, die es zu stärken und zu unterstützen gelte.

„Schon der Entwurf mit diesen HGO-Bestimmungen ist ein Skandal“, kritisierte der agah-Vorsitzende Enis Gülegen heute in Wiesbaden. „Die Coronakrise verändert gerade die Welt. Ständig werden an Vernunft und Verantwortungsgefühl jedes einzelnen appelliert und an den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die höchst fragwürdigen HGO-Änderungen bewirken das Gegenteil und sollten von Anfang an auf Biegen und Brechen durchgesetzt werden“ so Gülegen weiter. „Gerade nach den rechtsextremistischen Morden in Hanau haben wir von der Landesregierung ein deutliches politisches Signal zur Verstärkung der politischen Beteiligungsrechte der Migrant*innen ohne deutschen Pass erwartet. Die Optionsregelung ist aber genau das Gegenteil!“

Der Landesausländerbeirat appelliert an die regierenden Fraktionen des Hessischen Landtages: „Lassen Sie davon ab, demokratische Rechte von Migrant*innen ohne deutschen Pass trotz aller Appelle der Betroffenen und der Zivilgesellschaft abzubauen und treten Sie endlich in einen echten Dialog mit uns ein.“